

Die Stimmung schwankt

Die Fortsetzung des Unterrichts in halben Klassenstärken sei unzumutbar, für Schüler*innen und deren Eltern. Denn „halbe Klassen“ bedeute halbe Unterrichtszeit und halbe Verweildauer im Klassenraum, mithin keine Fünf-Tage-Präsenzwoche. Im Zuge der letzten Ferientage sind derartige Positionen wiederholt formuliert worden. Kernige Aussagen können daraus abgeleitet werden, allerdings mit wenig Substanz: Kommentator*innen suggerieren auf diese Weise viel Verständnis für Bedürfnisse von Kindern und Sorgen von Eltern. Und so manches Ressentiment, das überwunden schien, lässt sich ganz nebenbei auch noch wiederbeleben.

Es ist doch gar keine Frage, dass die „analoge Vollbeschulung“ (Süddeutsche Zeitung vom 25./26. 07. 20) einen hohen Wert besitzt: Die Kinder und Jugendlichen benötigen die Kommunikation mit den Gleichaltrigen, die Eltern eine Planungssicherheit für die eigene Arbeit und die Gesellschaft keine weitere Zuspitzung der sozialen Unterschiede, denn „Homeschooling“ trägt eben nicht dazu bei, Lernchancen anzugleichen.

Aber dann kommt der Nachgang, der Nebensatz oder das Implizite. Das dort mehrfach vermittelte Bild von Schule und Bildung ist es, das uns zusammensetzen lässt. Ein starres und konventionelles Verständnis vom Vorgang des Lernens wird in der Regel kultiviert. Die Versuchung ist einfach zu groß: „Pauken“ traut sich keine*r der Kommentator*innen zu schreiben, aber die Abneigung gegenüber fundierter, moderner Erziehungswissenschaft kommt in Artikelüberschriften wie „Ein verlorenes Jahr?“ zum Ausdruck. Immerhin noch mit einem Fragezeichen versehen, ist die Nachricht aber klar: Wie kann der gesamte „verpasste“ Stoff nur wieder aufgeholt werden? Wann und mit welchen Maßnahmen werden die Köpfe abgefüllt? Die Pandemie öffnet einem traditionellen pädagogischen Verständnis eine ungeahnte, manchmal gezielt eingebrachte, gelegentlich auch unreflektierte Chance.

Es gibt aber auch Hoffnung. Tatsächlich werden immerhin gelegentlich Positionen formuliert, die den Auftrag von Schule weiträumiger fassen und im Übrigen damit eher dem bremischen Schulgesetz entsprechen: als Ort sozialer Begegnung, der Entwicklung von Haltungen, der Vorbereitung auf Beruf oder Studium. Es ist also unter vielfältigen Gesichtspunkten sinnvoll sich zu überlegen, wie man Schule in eine (neue) Normalität zurück- oder überführt.

Nur: Was ist so schwer daran zu begreifen, dass wir in einer Zeit leben, in der es hinsichtlich der wirkungsvollen Bekämpfung eines Virus' derzeit noch keine eindeutigen Antworten gibt und die Wissenschaft täglich neue Mosaiksteinchen findet, der Sache auf die Spur zu kommen, dabei aber einem Prozess der wissenschaftlichen Kontroverse unterliegt? Und was ist so schwer daran zu begreifen, dass es zudem um die Abwägung mindestens zweier Grundrechte geht, dem auf Bildung und dem auf Gesundheit?

Die Auseinandersetzungen um den Mund-und Nasenschutz sind ein Beispiel für den Wunsch nach Eindeutigkeit. Virologen empfehlen das Tragen auch im Unterricht, die Präsidentin der Bremer Ärztekammer widerspricht dem, indem sie die Maske selbst zu einer möglichen Quelle der Keimübertragung erklärt - und das kurz vor dem Start ins neue Schuljahr. Sogar innerhalb einer Fachdisziplin, wie hier bei den Mediziner*innen, zeigt sich also eine Uneinheitlichkeit in der Einschätzung. Eindeutigkeit ist anscheinend nicht so schnell zu haben; dies umso mehr, wenn namhafte Institute zwischen Berlin und Boston um Schlussfolgerungen aus ersten Studien hinsichtlich des Zusammenhangs von Viruslast und Ansteckungsgefahr bei jungen Menschen ringen.

Nur eines ist für alle Beteiligten klar: Vorsicht ist geboten! Mahnende Worte sind zu hören, Warnungen werden dahingehend ausgesprochen, die Rolle der Kinder bei der Übertragung des Virus nicht zu unterschätzen. Neben anderen Parametern wie festen Kleingruppen und geringer Durchmischung werden die Klassengrößen in Abhängigkeit von der Zahl der Neuinfektionen dabei ernsthaft diskutiert.

Die Lerngruppengröße ist, man kommt nicht umhin, ein Kriterium hinsichtlich der Eindämmung der Infektionen. Wenn sie nun zu dem entscheidenden Kriterium der Normalität (= komplette Stundentafel in vollständiger Klassenstärke) ausgerufen wird, dann muss diese Normalität eingeschätzt werden im Lichte des sog. Pandemiegeschehens, der räumlichen und personellen Möglichkeiten der Schule, der Erkenntnisse über die Krankheitsübertragung, der Anforderungen an den Lernzuwachs usw. Eine mögliche Organisationsform von vornherein absolut zu verurteilen („Zumutung“, s.o.), ist schlicht unsachgemäß, da nicht die Vielfalt der Beurteilungsmerkmale herangezogen wird, sondern nur wenige ausgewählte.

Und wer sagt denn, dass Schule nur aus Unterricht bestehen muss – und dass es lediglich um die Gesundheit der Lehrkräfte geht – obgleich auch diese ein ernst zu nehmendes Argument ist?

„Schule ist mehr als Unterricht“ war ´mal ein auch gewerkschaftlich getragener Merksatz als Schulentwicklung den Rang eines wichtigen Leitgedankens hatte. Halbgruppenunterricht muss nicht, wie unterstellt wird, zu halber Zeit in der Schule führen. Künstler verschiedenster Richtungen beklagen fehlende Betätigungsfelder und Honorare. Welch ´ ein sinnvolles Betätigungsfeld zeichnet sich hier ab! Das Argument fehlender pädagogischer Ausbildung verfängt nur bedingt, wenn man sich die aktuelle Personalsituation vergegenwärtigt.

Und nicht jeder tragfähige Erkenntnisprozess findet zwangsläufig in einem Klassenraum statt. Es gibt sie

tatsächlich, die außerschulischen Lernorte, unter freiem Himmel womöglich und nicht nur im Sommer. Dazu muss allerdings die Blockade im Lehr-Lern-Verständnis in Deutschland endlich großflächiger überwunden werden. Schon vor Corona haben wir die Konsequenzen dieser bildungspolitischen Enge vor Augen geführt bekommen: Eine fortgeschrittene soziale Ausgliederung bei wenig zufriedenstellender Leistungsfähigkeit insgesamt.

Es ist so leicht, das Ressentiment wieder aufzurufen, als gäbe es von den Pädagog*innen und ihrer Gewerkschaft nicht längst Vorschläge zur Arbeit in der unbestrittenen Ausnahmesituation, zu darin erfolgversprechenden Lernmodellen und Überlegungen zu Arbeitszeiten. Als gäbe es keine Stagnation in Politik und der veröffentlichten Meinung zu diesen Themen.

Ja, die Stimmung schwankt. Vom „Held*innenstatus“ sind die Pädagog*innen weit entfernt. Dass dieser substanziell nicht viel nützt, zeigt sich bei anderen Berufen. Aber Politik kann man gut mit diesen Stimmungen machen und Mängel den entsprechenden Berufsgruppen zuschreiben: Individualisieren, statt struktureller Mängelbehebung. Denn eines ist sicher: Das deutsche Schulsystem war schon vor der Krise nicht fit. Wir erinnern uns, wenn auch ungern, an 44 Mrd. € Sanierungsstau, Fachkräftemangel, Bildungsausgaben unter dem OECD-Durchschnitt und weiteren ernüchternden Fakten.

Wirklich unzumutbar ist der damit zum Ausdruck kommende Stellenwert unseres Bildungssystems in dieser Gesellschaft!

Schon ´mal vormerken:

**Mi., 30. September, 19.00 Uhr,
Aula „Storm Deel“, die Theo, Lutherstr. 7**

„Virus trifft Kapitalismus“ – Die ersten Lehren aus der Corona-Pandemie: Global und lokal das Gemeinwohl gestalten
mit Prof. Dr. Rudolf Hickel

Der Verein Literatur & Politik e.V. organisiert in Kooperation mit der GEW Bremerhaven diese Veranstaltung (siehe Anlage)